

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾ Diplomatische Anerkennung Sloweniens und Kroatiens

Die Volksrepublik China unterzeichnete am 12. u. 13. Mai Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Slowenien und Kroatien.

In den Abmachungen heißt es, daß die Länder beschlossen haben, Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzunehmen. Slowenien und Kroatien erkennen die Regierung der VR China als die einzig legale Regierung Chinas an und betrachten Taiwan als Teil der VR China.

Die chinesische Regierung umgekehrt erklärte sich bereit, die Aufnahme Sloweniens und Kroatiens in die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen zu unterstützen (XNA, 12. u. 13. 5. 92).

Der Schritt zu dieser Anerkennung ist den Chinesen nicht leicht gefallen. Noch Mitte November 1991 hatte einer der "jugoslawischen" Falken, nämlich der jugoslawische Bundespräsident Jovic die VR China besucht und dort um Verständnis für die Bemühungen Belgrads für den Zusammenhalt "Jugoslawiens" geworben.

Die VR China setzte sich daraufhin für "Frieden und Stabilität in Jugoslawien" sowie für strikte Nichteinmischung von außen her ein. China bemühte sich hier m.a.W., die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zu denen auch die "Nichteinmischung gehört, auf eine Gesamtrepublik anzuwenden, die in Wirklichkeit schon damals nicht mehr bestand, weil sich Slowenien und Kroatien inzwischen bereits offiziell losgesagt und auch Bosnien-Herzegowina auf Distanz gegangen war.

Ferner wandte sich die chinesische Regierung damals gegen ökonomische Sanktionen, vor allem gegen ein Ölembargo zuungunsten "Jugoslawiens".

Was die Entsendung von Friedenstruppen anbelangte, so stimmte China seinem jugoslawischen Gesprächspartner darin zu, daß die Blauhelme nur bei Konflikten zwischen Staaten eingreifen könnten, nicht aber in Bürgerkriege, da "sonst ein Präzedenzfall gesetzt" würde. China ließ hier m.a.W. deutliche Sympathien für ein Fortbestehen Gesamtjugoslawiens, letztlich aber auch Serbiens erkennen (zu den pro-serbischen Sympathien Chinas vgl. auch C.a., Oktober 1991, Ü 15; im übrigen XNA, 24.11.91).

Diese Haltung mußte, wie gesagt, inzwischen aufgegeben werden. Allerdings wurde Bosnien-Herzegowina im Gegensatz zu Slowenien und Kroatien von Beijing bisher jedoch noch nicht anerkannt (27.4.92). Doch auch dieser weitere Schritt dürfte nur eine Frage der Zeit sein. -we-

*⁽²⁾ Politische Doppelmoral in den USA: Beijing äußert sich zu den Unruhen in Los Angeles

Seit dem Massaker auf dem Tiananmenplatz war die chinesische Führung vor allem von amerikanischer Seite immer wieder der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt worden.

Nachdem Beijing Anklagen dieser Art eine Zeitlang kaum etwas hatte entgegengesetzen können, war es am 1. November 1991 zum Gegenangriff übergegangen und hatte zunächst ein umfangreiches Weißbuch herausgegeben, in dem die Menschenrechte von einer anderen Seite her beleuchtet wurden. Man dürfe sich nicht immer nur auf die individuellen bürgerlichen Rechte konzentrieren, sondern müsse die Gesamtsituation in Rechnung stellen: Ein Staat, der seinen Bürgern Arbeit ver-

schaffe, für gerechte Verteilung Sorge und das gesamte Lebensniveau verbessere, leiste mehr für die Menschenrechtssituation als ein anderer, der sich nur auf den Schutz der Rechte einzelner Dissidenten oder kleiner Gruppen beschränke. (Einzelheiten dazu in C.a. Nov. 1991, Ü-8):

In der Zwischenzeit konnte die chinesische Propaganda noch weiter auszuholen und die USA der Doppelzüngigkeit bezichtigen. Anlaß dafür waren die Unruhen von Los Angeles Anfang Mai 1992.

Die Auslandsausgabe der Renmin ribao v. 4. Mai 1992 war mit der Schlagzeile "Die üblen Konsequenzen der Rassendiskriminierung in den USA" aufgemacht. Die Tatsachen hätten "bewiesen, daß die amerikanische Gesellschaft keineswegs so gleich und frei ist, wie es immer wieder mit großen Worten von einigen Menschenrechtskämpfern dieses Landes herausgestellt wird. Mitleidlos haben die Ereignisse das friedliche Bild zerrissen, das von diesen Leuten stets gemalt wurde. Die umfangreichen Rassenzusammenstöße in Los Angeles haben die ganze Welt geschockt und der Welt vor Augen geführt, daß die Menschenrechtsverletzungen in den USA weitaus schwerer sind, als es sich die meisten Leute vorgestellt haben".

Der Artikel brachte sodann Beispiele "von Rassenverfolgungen" in früheren Jahren und wies daraufhin, daß der Kampf gegen die Weißen "tiefe Wurzeln" habe, und daß Vorurteile gegen spanisch sprechende Bewohner sowie gegen asiatische Minoritäten in den USA "sogar noch schlimmer" sind.

In einem zweiten Artikel, der von der gleichen Zeitung noch am selben Tag veröffentlicht wurde, wird u.a. der Freispruch jener vier Polizisten mißbilligt, die einen Schwarzen zusammenschlagen hatten. Zu solchen Fällen von Polizeibrutalität sei es in den vergangenen Jahren immer wieder gekommen. Die Überschrift des Artikels lautete: "Wo Unrecht herrscht, dort gibt es auch Aufschreie".

U.a. wird darauf hingewiesen, daß die USA unter dem Vorwand der Verletzung von Menschenrechten der VR China hätten den Meistbegünstigungsstatus entziehen wollen. Die Zwischenfälle von Los Angeles enthüllten die ganze Doppelmoral einer solchen Einstellung! (XNA, 4. u. 5. Mai 1992) -we-

***(3)
China warnt die französische Regierung vor Waffengeschäften mit Taiwan**

Die VR China versucht, Taiwan waffentechnisch "auszutrocknen" und hat zu diesem Zweck bereits die USA dazu bringen können, am 17. August 1982 ein "Gemeinsames Kommuniqué" zu unterzeichnen, in dem festgestellt wurde, daß die "Foreign Military Sales" die "chinesische Souveränität beeinträchtigen", und daß beide Seiten daher übereingekommen seien, daß die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan nicht ewig fortgesetzt, sondern schrittweise reduziert und schließlich "nach einer gewissen Zeit endgültig eingestellt" werden sollten.

Mit diesem Kommuniqué hatte sich Beijing einen Hebel geschaffen, um nunmehr auch andere Lieferanten abzuschrecken. U.a. bekamen dies die Niederlande zu spüren, deren Regierung Anfang der 80er Jahre den Export von zwei U-Booten nach Taiwan genehmigten. Beijing ließ die Muskeln spielen und zwang die Niederlande zu einer Teilrevision ihrer Liefervereinbarungen.

1989 wurden von französischen Firmen Vorverträge über die Lieferung von 16 leichten Fregatten an Taiwan mit einem Gesamtwert von 4,8 Mrd. US\$ abgeschlossen. Dagegen hatte die Beijinger Diplomatie im September 1991 protestiert und damit Frankreich zumindest vorübergehend zur Aufgabe seiner Lieferpläne zu veranlassen.

In der Zwischenzeit geht es um Pläne Frankreichs, die Ausfuhr von 100 Mirage 2000, die von der Fa. Dassault hergestellt werden. Anfang Mai schien es, als wolle die französische Regierung den Verkauf dieser Kampfflugzeuge an Taiwan genehmigen. Am 14. Mai 1992 richtete daraufhin das chinesische Außenministerium einen scharfen Protest an die Regierung in Paris. China messe den Beziehungen zu Frankreich große Bedeutung bei und unternehme in dieser Hinsicht große Anstrengungen. Falls sich die französische Regierung jedoch über den klaren chinesischen Protest hinwegsetze und den Verkauf billige, werde "ganz gewiß eine heftige Reaktion erfolgen, auch wenn China das lieber vermeiden möchte" (XNA, 14.5.92). Wie diese Reaktion im einzelnen ausfallen soll, wurde in dem Protest nicht näher ausgeführt.

Ferner ist die Lieferung von französischen U-Booten an Taiwan im Werte von 7,7 Mrd. US\$ im Gespräch (AWSJ, 24.3.92). -we-

***(4)
Die chinesisch-russischen Beziehungen**

Am 9. April 1992 trat der neue russische Botschafter Igor Rogatschow sein Amt in Beijing an.

In einem Interview wies er daraufhin, daß es eine Reihe ermutigender Perspektiven zwischen beiden Seiten gebe: Da sei zunächst einmal der bevorstehende Besuch von Präsident Boris Jelzin in der VR China.

Ferner werde gegenwärtig ein Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte auf beiden Seiten der gemeinsamen Grenze vorbereitet. Dies sei das erste Dokument dieser Art im asiatisch-pazifischen Raum überhaupt und ein gutes Beispiel für musterhafte Beziehungen zwischen benachbarten Staaten.

Ferner sei sowohl vom Nationalen Volkskongreß China als auch vom russischen Parlament in der Zwischenzeit ein Abkommen über die Festlegung des östlichen Teils der chinesisch-sowjetischen Grenze (ausschließlich eines Orts bei Bouli - Chabarowsk und eines Orts am Ergune-Fluß) verabschiedet worden. Der jetzige Botschafter Rogatschow leitete die ehemalige sowjetische Delegation bei den Gesprächen, die sich von 1987 bis 1991 hingezogen hatten.

Was den westlichen Teil der sino-sowjetischen Grenze anbelangt, so seien hierfür nunmehr vier Republiken der GUS, nämlich Rußland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan zuständig. Auf Rußland entfielen in diesem Zusammenhang nur 56 km. Aus Moskau er Sicht sei es besser, wenn die vier Republiken mit China gesondert Gespräche führten.

Ferner nehme auch der Grenzhandel schnell zu. Es existierten bereits Pläne für die Gründung russischer und chinesischer freier Wirtschaftszonen und für die Errichtung russisch-chinesischer Joint Ventures, einschließlich des Baus einer den Amur überspannenden Brücke, die die Städte Heihe und Blagoweschtschensk verbinden solle. -we-

***(5)
ESCAP-Tagung in Beijing**

Die Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP), die als eine Unterorganisation der UNO 1947 unter der Bezeichnung ECAFE (Economic Commission for Asia and Far East) gegründet wurde, und der heutzutage fast sämtliche Länder Asiens und des Pazifik angehören, hielt Mitte April 1992 ihre 48. Tagung in Beijing ab.

Aufgabe der ESCAP ist es, das Wirtschaftswachstum und den Lebensstandard der asiatisch-pazifischen Staaten zu fördern, die regionale Kooperation unter den Mitgliedsländern zu unterstützen und die Regierungen bei der Planung und Durchführung von Entwicklungsprogrammen zu beraten. Ihre Aufgaben sind also, wie der Name schon sagt, wirtschaftlicher und sozialer Natur.

Nicht zuletzt besteht die Bedeutung der ESCAP heute darin, daß sie von einem eher beratenden Gremium zum Koordinator der UNO-UNDP-Entwicklungshilfe für den gesamten asiatisch-pazifischen Bereich geworden ist, wobei sechs Hauptaufgaben in den Vordergrund gerückt sind: Ernährung und Landwirtschaft, integrierte landwirtschaftliche Entwicklung, Rohmaterialienbeschaffung, Außenhandel transnationale Firmen und Finanzmittelbeschaffung, Energiefragen und Technologietransfer.

Während der Tagung erklärte die chinesische Seite, sich an der zweiten Eurasiatischen Kontinentalbrücke, nämlich einer zweiten Eisenbahnlinie zu beteiligen, die quer durch Asien verlegt werden soll. Außerdem wolle sich China aktiv an der gemeinsamen Entwicklung des Mekong-Flußgebiets beteiligen. Ferner lud China die ESCAP ein, ihre 5. Messe für Asien und Pazifik 1994 in Beijing abzuhalten.

Am 23. April wurde die "Beijinger Deklaration über regionale Wirtschaftskooperation" von 37 Teilnehmerstaaten angenommen. In diesem Zusammenhang sollen auch besondere Komitees eingerichtet werden (XNA, 23. u. 24.4.92).

Ferner wurden Resolutionen verabschiedet, nämlich (1) über die Umstrukturierung der Kommission für

zwischenstaatliche Hilfeleistungen, (2) über Ministertagungen für Industrie-, Wissenschafts- und Technologiefragen, (3) Ministertagungen für das Transport- und Stadtentwicklungswesen, (4) über die 4. Bevölkerungskonferenz und (5) über das Jahrzehnt für soziale Entwicklung und Behinderte.

Die chinesische Regierung benutzte die Tagung, um auch erneut ihrer Forderung nach Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung Ausdruck zu verleihen. Die Konferenz von Bandung (1955) sei der erste Schritt auf diesem Wege gewesen. Nunmehr müßten endlich weitere Schritte erfolgen, um die wachsende Kluft zwischen Nord und Süd zu schließen. -we-

Innenpolitik

*(6)

Expertendiskussion über künftige Reformkonzeption

Einem Bericht der *Beijing Rundschau* zufolge kamen - wahrscheinlich schon im April 1992 - 40 bekannte Wirtschaftsfachleute zu einer Aussprache über die Konsequenzen der Reformoffensive Deng Xiaopings für die künftige Reformpolitik zusammen. Die Konferenz war von der Zeitschrift *Reform* organisiert worden. Im folgenden werden Auszüge der Stellungnahmen einiger Diskussionsteilnehmer wiedergegeben:

Ma Jiaju, Forschungsrat im Forschungsinstitut für Wirtschaft der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften:

"Was ist Sozialismus? ... Im Sozialismus dominiert erstens das staatliche Eigentum in der Wirtschaft und zweitens herrscht gemeinsamer Wohlstand, der eine krasse Polarisierung zwischen reich und arm vermeidet."

Fang Sheng, Professor für Wirtschaft an der Volksuniversität:

"Historische Erfahrungen haben den Beweis erbracht, daß die wirtschaftlich schwach entwickelten Länder, vor allem die Länder, die lange Zeit unter

feudaler Herrschaft standen, erst dann gedeihen und stark werden, wenn sie von der modernen Zivilisation des Westens lernen und profitieren."

Jiang Yiwei, Forschungsrat der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften und Chefredakteur der Zeitschrift *Reform*:

"Da es sich in einem wirtschaftlich schwach entwickelten Land wie China noch um das Anfangsstadium des Sozialismus, um die Übergangsphase handelt, muß der Kapitalismus bis zu einem gewissen Grad noch existieren, ja muß sich sogar noch angemessen entwickeln..."

Meiner Meinung nach existiert Warenwirtschaft nicht allein im Kapitalismus; im Sozialismus kann sich eine dem Kapitalismus überlegene Form der Warenwirtschaft herausbilden. Allerdings gibt es in den Verfahrensweisen und Methoden der Wirtschaftsführung praktisch sehr viele Gemeinsamkeiten, bei denen nicht zwischen Sozialismus und Kapitalismus unterschieden werden kann. Daher ist es durchaus möglich und notwendig, daß die vom Kapitalismus in seiner ganzen Entwicklungsphase gesammelten Verfahren und Methoden von uns genutzt werden."

Wu Jinglian, Forschungsrat im Forschungszentrum für Entwicklung beim Staatsrat:

"Während der 13 Reformjahre gab es zweimal theoretische Rückfälle in 'linkes' Gedankengut: Die Kritik an der Theorie über die sozialistische geplante Warenwirtschaft in der Zeit zwischen 1982 und 1983 und die Kritik an der Marktorientierung als konkrete Ausdrucksform der bürgerlichen Liberalisierung in der Zeit zwischen 1990 und 1991, was schwere ideologische Verwirrung zur Folge hatte..."

Vor einiger Zeit wollte man die Rücknahme der bereits delegierten Machtbefugnisse als 'Reform' bezeichnen. Außerdem wollte man 80 Prozent der Preise wieder staatlich festlegen, auch dies nannte man 'Reform'. Man wollte im Namen der Reform das alte Gefüge wiederherstellen."

Dong Fureng, Ehrendirektor des Forschungsinstituts für Wirtschaft der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften:

"Jede Reformmaßnahme, wie die Einführung des ertragsgebundenen Verantwortlichkeitssystems, die Gründung von Joint Ventures, die Errichtung von Wirtschaftssonderzonen oder das Ziel, einen Teil der Menschen zuerst wohlhabend werden zu lassen, und die Hinwendung zum Markt, brachte jedesmal Streit. Warum eigentlich? Aus meiner Sicht hat es folgende Gründe:

- Zunächst haben Reformen positive und negative Effekte, die miteinander verbunden sind...
- Zweitens führen ideologische Unterschiede ebenfalls zu Streitigkeiten...
- Drittens berührt die Reform die Interessen von allen Menschen. Die einen profitieren von einer Reformmaßnahme, die den anderen vielleicht Nachteile bringt. Unterschiedliche Interessenlagen führen auch zu Meinungsunterschieden.
- Viertens ist es eine Frage, was man zum Bewertungskriterium macht. Geht man von Büchern aus oder von einem Dogma, dann muß man sich von Dingen distanzieren, die die kapitalistische Gesellschaft nutzt, dann ist vieles nicht erlaubt. Für mich ist es bei der Bewertung jeder Reformmaßnahme ganz wesentlich, ob sie die Entwicklung der Produktivkräfte fördert, ob sie zur Erhöhung des Lebensstandards beiträgt, ob sie den Fortschritt bringt."

Tong Dalin, Mitglied der Zentralen Kommission für wirtschaftliche Strukturreform und Direktor des Forschungsinstituts für Internationale Studien:

"China braucht einen neuen Start zur ideologischen Befreiung, die die vor mehr als 10 Jahren durchgeführten Diskussionen über das Thema 'Die Praxis ist das einzig richtige Kriterium der Wahrheit' an Umfang, Inhalt und Tiefe weit übertreffen muß. Das berührt Politik, Wirtschaft, Kultur und das gesellschaftliche Leben im Sozialismus. Und der Teilnehmerkreis kann sich nicht mehr auf die Theoretiker beschränken, sondern muß die ganze Gesellschaft mitreißen."

(BRu, Nr. 20/1992, S. 15-20) -sch-